

E4 Die richtigen Lehren aus Lützerath ziehen

Gremium: Grüne Jugend SH
Beschlussdatum: 28.01.2023
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

Antragstext

1 Die Vorgänge im Januar im Dorf Lützerath haben unsere Partei auf eine schwere
2 Probe gestellt. Der Kohlekompromiss der Bundesregierung mit RWE, stelle zwar auf
3 der einen Seite unter dem Strich eine Verbesserung dar, brach jedoch auf der
4 anderen Seite eine Vertrauenskrise von Bündnis 90/Die Grünen mit Teilen der
5 Klimabewegung los, da er nicht mit der Einhaltung der 1,5-Grenze vereinbar war.
6 Als Bündnisgrüne fühlen wir uns diesem Ziel nach wie vor verpflichtet und werden
7 an jeder möglichen Stelle auf die Einhaltung dieses essentiellen Ziels pochen.
8 Wir wollen diesen Vorgang daher in einem innerparteilichen Dialogprozess
9 reflektieren.

10 Es ist aber auch klar, dass es auch in Zukunft schwer wird, Politik zu machen,
11 die den Notwendigkeiten des Klimaschutz genüge trägt und zeitgleich mit unseren
12 Koalitionspartnern in Bund und Land umsetzbar ist. Eine Politik, die zwar zu
13 einer früheren Zielerreichung beiträgt, jedoch das Pariser Klimaabkommen
14 verfehlt, wird für uns immer eine politische Niederlage darstellen. Daher
15 brauchen wir einen neuen Ruck für starken Klimaschutz, der den Grünen Markenkern
16 neu belebt und klar macht, welche Partei Seite an Seite mit der Klimabewegung
17 kämpft. Das Pariser Klimaabkommen muss die rote Linie eines jeden Beschlusses in
18 Koalitionen mit unserer Beteiligung sein. Daher fordern wir von der
19 Bundesregierung:

- 20 • Einen überarbeiteten Kohleausstiegsplan, der mit dem 1,5°-Ziel vereinbar
21 ist - zur Not auch mit einer Änderung des Kohleausstiegsgesetz
- 22 • Eine schnelle Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Maßnahmen
23 zur Erreichung der Klimaziele
- 24 • Keine weitere Verzögerung bei der Anhebung des CO₂-Preises

25 Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein stellt sich zudem als Verband hinter
26 friedlichen Klimaprotest. Anlass sind die vielen Berichte und die eindrücklichen
27 Bilder von der Räumung des Dorfes Lützerath im Januar 2023. Wir stellen uns
28 zudem hinter die Forderung der Grünen Bundestagsfraktion nach einer
29 parlamentarischen Aufarbeitung des Polizeieinsatzes. Dieser kann augenscheinlich
30 nicht als vorbildlich bezeichnet werden.

Begründung

Als Bündnis 90/Die Grünen ist für uns bei jeder Wahl Klimaschutz und Generationengerechtigkeit zentrales Element unserer Wahlkämpfe und das nicht zu unrecht. Die Aussicht auf eine immer weiter eskalierende Klimakrise und auf ein Reißen der 1,5°-Grenze, lässt uns eigentlich keine andere Wahl. Andere Parteien haben dieses Thema nicht nur in der Vergangenheit verschlafen, sie tun es nach wie vor. Und wohin diese Politik führt, merken wir Grünen Tag für Tag: Wenn die Zeit knapper wird, werden die Notwendigkeiten dringender und die Maßnahmen müssen in der Folge stärker und schneller greifen. Der einzige Weg heraus aus diesem Teufelskreis ist es, die notwendigen radikalen Schritte zur Erreichung der Klimaziele endlich zu gehen.

Das Dorf Lützerath hat Anfang des Jahres diesen Konflikt wie durch ein Brennglas aufgezeigt. Am 14.01.2023 reisten 35.000 Menschen aus verschiedensten Nationen nach Nordrhein-Westfalen, um für den Erhalt des Dorfes und einen früheren Ausstieg aus der Kohle zu protestieren. Die Demonstration war legal angemeldet und sollte friedlich vonstattengehen. Stattdessen kam es mutmaßlich an diesem Tag, aber auch schon an den vorangegangenen und an den auf die Demonstration folgenden Tagen, zu massiver Gewalt, vor allem vonseiten der Polizei.

Dieser Umstand gefährdet nicht nur die Gesundheit von Klimaaktivist*innen. Die Polizei selbst büßt durch solch aggressive Polizeistrategien Vertrauen bei den Aktivist*innen und bei Teilen der Gesamtbevölkerung ein. Dass ein Teil der Beamt*innen nicht oder nur schlecht auf solche Situationen vorbereitet zu sein scheint und daher oder aus anderen Gründen mit Gewalt agieren schadet dem großen Teil der Beamt*innen, die bei solchen Demonstrationen einen guten und schweren Auftrag verrichten.

Selbstverständlich ist für uns, dass gewalttätige Personen auf solchen Demonstrationen nichts zu suchen haben und zurecht polizeiliche Maßnahmen in Kauf nehmen müssen. Unserer Meinung nach braucht es für ein gutes Vertrauensverhältnis vertrauensbildende Maßnahmen.

Unterstützer*innen

Stephan Wiese (KV Lübeck); Zoe Engel (KV Lübeck); Jessica Kordouni (KV Kiel); Finn-Pascal Pridat (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Johanna Schierloh (LV Grüne Jugend Schleswig-Holstein); Matthias Albig (KV Kiel); Lea Reimann (KV Rendsburg-Eckernförde); Louisa Wiethold (KV Kiel); Maik-Torben Kristen (KV Kiel); Vincent Schlotfeldt (KV Plön); Petra Kärgel (KV Pinneberg); Torge Klein (KV Rendsburg-Eckernförde)